54 Millionen kosten Gratis-Kitas für alle

Die Regierung hat die jährlichen Kosten der Initiative grob geschätzt. Für SP-Grossrätin Melanie Nussbaumer ist das gut investiertes Geld.

Maximilian Karl Fankhauser

Im Sommer 2020 hat die Basler SP ihre Initiative «Kinderbetreuung für alle» eingereicht. Diese fordert, dass die Einwohnergemeinden des Kantons eine kostenlose Kinderbetreuung bis zum Eintritt in die Primarschule finanziert, wie es im Initiativtext heisst. Zudem soll ein Angebot in den zugelassenen Betreuungsstrukturen sichergestellt werden. Auf mindestens zwei Tage Betreuung hätten alle im Kanton wohnhaften Familien demnach Anspruch. Zudem würde der Regierungsrat die Qualität der von den Gemeinden finanzierten Anbieter stärken und deren Arbeitsbedingungen verbessern.

Die Basler Regierung hat die Initiative geprüft und gibt sie nun für das weitere Vorgehen in den Grossen Rat. Dieser wird entscheiden, ob er die Initiative direkt dem Volk vorlegt oder, ob er sie der Regierung zur Berichterstattung zurückgibt.

Individuelle Förderung als Investition in die Zukunft

Der Regierungsrat beantragt die Überweisung der Initiative. Im Zuge dieser will er einen Gegenvorschlag erarbeiten sowie die Auswirkungen der Initiative prüfen. Laut erster grober Schätzungen im eben publizierten Bericht der Regierung führt ein Ja zur Initiative zu jährlichen Kosten von 54 Millionen Franken. Dabei noch nicht eingerechnet sind die allfällige Nachfrageerhöhung, eine Verbesserung der Arbeitsbedingung sowie Investitionskosten. Viel Geld, wie Erziehungsdirektor Conradin Cramer im Januar im Interview mit der bz fand: «Dieses Geld kann man in der Bildung besser investieren, als mit einer Spritzkanne allen alles gratis zu geben.»

SP-Grossrätin Melanie Nussbaumer findet, es sei der falsche Ansatz, das Ganze nur an den Kosten aufzuhängen. «Im Endeffekt ist es eine Investition, die getätigt wird.» Doch auch volkswirtschaftlich mache die Forderung der Initiative Sinn, wie Studien belegen würden. «Denn wenn die Familien ihre Kinder zur kostenlosen Betreuung abgeben können, werden mehr Frauen arbeiten gehen und auch Führungspositionen bekleiden können.» Für den Kanton würde das wiederum zu höheren Steuereinnahmen führen.

Auch die individuelle Förderung der Kinder käme letztlich dem Kantonshaushalt zugute. «Wenn im Vorschulalter besser und intensiver auf die Kinder eingegangen wird, kann sozialen Problemen beim Erwachsenwerden vorgebeugt werden.» Was gleichzeitig weniger Kosten für den Staat bedeuten würde. Cramer sagte damals, er fände es nicht angemessen, dass er mit seinem Regierungsratslohn sein Kind gratis in die Kindertagesstätte schicken könne. «Die Leute, die gut verdienen, sollen auch einen Beitrag leisten.» Dem entgegnet Nussbaumer, dass es deswegen eine Progression im Steuersystem gebe. «Klar, die Betreuungskosten würden wegfallen. Aber Arbeitnehmende mit einem höheren Lohn bezahlen dementsprechend auch mehr Steuern.»

> «Dann werden mehr Frauen arbeiten gehen und Führungspositionen bekleiden können.»

Melanie Nussbaumer
SP-Grossrätin

Geteilte Meinungen im Regierungsrat

Zudem sei gerade in Basel-Stadt noch sehr viel Luft nach oben, was die Kinderbetreuung vor der Einschulung betrifft. Dies zeige eine Studie von 2019 im Auftrag des Erziehungsdepartements. «Und die Betreuung der Kinder in diesem Zeitraum stellt einen immens wichtigen Bereich dar.»

In der Regierung sind die Meinungen geteilt: Kaspar Sutter (SP) sieht den wirtschaftlichen Mehrwert: «Mitarbeitende, die Beruf und Familie vereinbaren können, liegen auch im grossen Interesse der Wirtschaft», liess er sich auf der SP-Website zitieren. Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) meinte kurz vor Einreichung bei «Primenews», dass Gratis-Kitas für alle nicht drinliegen würden. Diese Aussage tätigte sie inmitten der Coronakrise. GLP-Regierungsrätin Esther Keller, die laut Smartvote-Profil 2020 für die finanzielle Unterstützung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen ist, sprach sich bei «Bajour» gegen die Initiative aus. Ihr fehle es an Chancengleichheit.